

Deutscher Gewerkschaftsbund



REDE

Reiner Hoffmann

DGB-Vorsitzender

DGB-Jahresauftaktpressekonferenz

20. Januar 2015, 10.00 Uhr, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30 24060-211 Fax: +49 30 24060-324

Der Stabswechsel im Führungsteam des DGB ist gelungen. Die ersten acht Monate nach dem DGB Bundeskongress im Mai 2014 waren durchaus anspruchsvoll.

Zusammen mit Elke Hannack, Stefan Körzell und Annelie Buntenbach ist uns einiges gelungen. Dies ist allerdings kein Grund zur Selbstzufriedenheit.

Das zeigt schon allein der Start: Seit 1. Januar gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Arbeitgeber versuchen, selbst diesen Lohn zu umgehen, mit teilweise absurden bis unverschämten Angeboten und Ideen.

Für uns ist klar, dass wir den Umgang mit dem Mindestlohn nicht nur über die Hotline des DGB beobachten werden, die vorerst bis März läuft.

Wir werden das gesamte Jahr sehr genau verfolgen, was passiert – und gegebenenfalls Korrekturen einfordern.

Wir werden nicht tolerieren, dass der Mindestlohn für viele Arbeitgeber theoretisch existiert, aber praktisch nicht angewendet wird – und wir erwarten, dass die Bundesregierung sich offensiv hinter dieses Gesetz stellt.

Der Ansturm auf die Hotline (200-300 Anrufe pro Tag) zeigt, dass die Menschen den Mindestlohn wollen, und dass sie es genau wissen wollen. Wir werden spätestens Ende Februar auch die Frage stellen, ob die Arbeitgeber die Abrechnungen richtig ausstellen, und ob Arbeitszeiten korrekt erfasst werden.

Der Mindestlohn darf nicht weiter aufgeweicht werden, wie es Teile von CDU und CSU fordern!

Uns ist auch klar, dass manche versuchen werden, den Mindestlohn und die Rente mit 63 ins Feld zu führen, wenn die Konjunktur mal zuckt. Es ist gerade mal zwei Monate her, als die Prognosen für 2015 etwas schlechter ausfielen –und schon tobte der Mob, und forderte eine Pause bei beiden Gesetzen. Und jetzt?

Sind sowohl Rückblick, als auch Prognosen mit 1,5 Prozent entschieden besser als im Herbstgutachten. Wir werden nicht zulassen, dass der Mindestlohn oder die Rente zu Sündenböcken gemacht werden, weil Arbeitsplätze von schlecht planenden Arbeitgebern gestrichen werden, oder die Wirtschaft ihre Hausaufgaben nicht macht.

Im Gegenteil: Die Rente mit 63, und der Mindestlohn sind nur erste Schritte zu einer Neuen Ordnung der Arbeit. Wir erwarten und drängen darauf, dass noch in diesem Jahr

weitere Schritte folgen – wie flexiblere Übergänge in die Rente, ein Mitbestimmungsrecht bei Leiharbeit und Werkverträgen und die längst fällige Reform der Minijobs.

Zwei weitere Erfolge von 2014 haben ebenfalls Auswirkungen auf das neue Jahr: Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, die Allianz für Ausbildung aufzustellen.

Jetzt geht es um die gute Umsetzung – schließlich sind die Zusagen von 20.000 zusätzlichen Ausbildungsstellen und die assistierte Ausbildung genau für diese Jugendlichen zentral.

Ein Erfolg ist nicht zuletzt das Gesetz zur Tarifeinheit. Mit diesem Gesetzentwurf hat sich die Bundesregierung zu dem DGB-Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ bekannt. Auch dieses Gesetzgebungsverfahren werden wir eng verfolgen und uns für dringend notwendige Verbesserungen einsetzen.

Für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt bleibt weiterhin die Stärkung der Tarifbindung zentral.

Es ist gut, dass mit dem Tarifstärkungsgesetz die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert wird und alle Branchen unter das Entsendegesetz fallen. Das reicht aber nicht! Die Arbeitgeber, die täglich Tariffucht begehen müssen ihren Widerstand aufgeben und endlich Mitglied in den Arbeitgeberverbänden werden.

Das entspricht unserem Verständnis von sozialverantwortlichen Unternehmen und die Arbeitgeberverbände müssen endlich mit dem Unsinn Schluss machen OT-Mitgliedschaften zu zulassen.

Die Erfolge von 2014 sind allerdings nicht die einzigen Baustellen für den DGB dieses Jahr. Nicht umsonst wird das 1. Mai Motto in diesem Jahr den Titel: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ tragen.

Die Arbeitswelt steht mit der Digitalisierung, der demographischen Entwicklung und der Globalisierung in einem Umbauprozess, der die Arbeitswelt bereits verändert hat, und weiter enorm verändern wird.

Auf diese Veränderungen müssen und wollen wir Antworten finden. Niemand spricht diesen Prozessen die Chancen für die Beschäftigten ab – aber die Risiken müssen genauso benannt werden, und Konzepte entwickelt werden, um sie für die Beschäftigten zu minimieren.

Dazu gehören der zunehmende psychische Stress am Arbeitsplatz, die 24-Stunden-Verfügbarkeit, oder auch prekäre Beschäftigung bei scheinbar Selbstständigen wie Clickworkern oder Putzhilfen, die von Online-Vermittlern abgezockt werden.

Die Entwicklung, die die Arbeitswelt durchläuft, ist komplex. Die Antworten darauf können nicht einfach und platt sein. Diesen Diskussionsprozess werden wir dieses Jahr intensiv führen, mit Parteien, mit der Gesellschaft und mit unseren Mitgliedern.

Klar ist aber: Von dem Anspruch humaner Arbeitsbedingungen, die ein gesundes und würdevolles Leben im Alter erlauben, die Familiengründung und Pflege erlauben, und die Zeit für Aus- und Weiterbildung, lassen wir dabei nicht ab.

Und von der Überzeugung, dass Mitbestimmung im Betrieb, ob Industrie oder Verwaltung, oder auch in der digitalen Welt, grundlegend für gute Arbeitsbedingungen ist, ebenso wenig.

Wer heute über Wirtschaft, Arbeit und deren Entwicklung spricht, darf das nicht nur auf nationaler Ebene tun.

Der DGB wird dieses Jahr auch die Arbeit der EU-Kommission kritisch begleiten. Wir haben die Ansage von EU-Kommissionspräsident Juncker für sein Investitionsprogramm von Anfang an begrüßt.

Richtig ist auch, privates Kapital für langfristige Investitionen in die Realwirtschaft zu mobilisieren. Aber wir erwarten mehr, und dafür werden wir uns einsetzen: Bislang gibt es kein „frisches Geld“, sondern die 21 Mrd. Euro werden aus vorhandenen Programmen umgewidmet.

Daraus sind schwer 315 Milliarden Euro Gesamtvolumen zu erreichen.

Daher fordern wir Bundesregierung und die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten auf, sich an dem Fonds zu beteiligen.

Und es reicht auch nicht, das Wachstumspotenzial heben zu wollen. Auch die Wirtschaftspolitik muss grundlegend anders ausgerichtet werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, endlich von ihrer restriktiven Sparpolitik abzulassen.

Sie ist mit dafür verantwortlich dass Millionen Jugendliche unter 25 in Europa arbeitslos sind.

Die Zahlen, die gestern von Eurostat bekannt gegeben wurden, sprechen eine deutliche Sprache, wo dieser Sparkurs hingeführt hat: In Griechenland und Spanien sind die Hälfte aller Jugendlichen (Griechenland: 49,8 Prozent, Spanien 53,5 Prozent), die nicht zur Schule gehen oder studieren, arbeitslos.

Das ist ein Skandal! Dieser dringend notwendige Kurswechsel wird auch zentrales Thema des diesjährigen Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbundes sein.

Auf europäischer Ebene werden wir zudem auch die „Offensive Mitbestimmung“ verschärft führen, und gegen einen aktuellen Vorschlag der EU-Kommission bei der Mitbestimmung vorgehen.

Sie plant, mit der Einführung einer Ein-Personen-Gesellschaft (SUP) über Europa das nationale Gesellschaftsrecht zu harmonisieren.

Davon sollen vordergründig vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren – tatsächlich aber ermöglicht es auch großen Unternehmen, sich in einem anderen Staat als dem registrieren zu lassen, in dem sie Verwaltung und Geschäftstätigkeit ausüben.

Und damit können sie sich in aller Ruhe aussuchen, wo die Arbeitnehmermitbestimmung am schwächsten ist.

Da kann ich nur sagen: Nicht mit uns. Je mehr Arbeitsbeziehungen international werden, desto mehr, nicht weniger Mitbestimmung brauchen wir, und werden wir einfordern.

Und wir werden auch die Finanztransaktionssteuer und die Freihandelsabkommen, ob TTIP oder CETA nicht aus den Augen lassen.

Zum Schluss noch mal zurück auf ein aktuelles Thema, zu dem auch die Gewerkschaften nicht schweigen werden: Pegida.

Viele Menschen nehmen an diesen Demonstrationen teil, weil sie nach einfachen Antworten auf schwierige Fragen suchen. Sie fürchten sich vor dem, was sie nicht kennen, sie fühlen sich von der Politik allein gelassen.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten versuchen, diese Ängste und Unsicherheiten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Sie versuchen, ihr menschenverachtendes Gedankengut unter dem Deckmantel „Pegida“ in breite Bevölkerungsschichten zu tragen.

Sie machen Stimmung gegen Muslime, Flüchtlinge, Asylbewerber, Migranten. Um es klar zu sagen: Ausgrenzung von Menschen, egal aufgrund welcher Merkmale, werden wir nicht akzeptieren.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich seit Jahrzehnten im Alltag und in vielen Projekten, in Städten und Gemeinden, aber auch bundesweit dafür ein, dass Rassismus und rechtsextremes Gedankengut nicht an Boden gewinnen.

Ein Beispiel ist seit fast 30 Jahren unser Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“. Wir stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, und wir werden uns in der Organisation wie mit den Gewerkschaften für dieses Ziel stark machen.

Bundesweit haben Bezirke und Gewerkschaften zu den Gegendemonstrationen aufgerufen und teilgenommen, und wir werden dies auch weiterhin tun.

Wir können einer offensiven Debatte über Toleranz, Freiheit und Menschenrechte nicht aus dem Weg gehen. Wir müssen aber auch endlich für mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land sorgen.

Menschen brauchen Sicherheit, dann sind sie auch weniger auffällig für rechtspolitische Parolen.